

Der Absturz im Aargau erschüttert die SVP

Der Polterstil von Andreas Glarner gerät in die Kritik. Aber auch am Coronakurs und an der Polemik gegen die Städte werden Zweifel laut.

Francesco Benini

Der Rückschlag kommt unerwartet. In den kantonalen Wahlen vom vergangenen Herbst verzeichnete die Aargauer SVP entgegen den Voraussagen nur geringe Verluste. Nun kommt es aber knüppeldick.

Der Aargau ist eine Hochburg der Volkspartei. Am vergangenen Sonntag wurden in den lokalen Wahlen gleich reihenweise Gemeinderäte abgewählt. Vermeintlich aussichtsreiche Kandidaten für die Exekutiven stürzten ab. In den Parlamenten der Aargauer Städte dasselbe Bild: Die SVP verliert quer durch den Kanton Sitze.

Was ist da los? In der SVP spricht man von drei Problemen: Erstens, Corona. Zweitens, die Stadt-Land-Polemik. Drittens, Andreas Glarner.

Der Nationalrat und Präsident der Aargauer SVP kennt in seinen Angriffen nur eine Waffe: die schwere Artillerie. Glarner polemisiert und poltert, nennt die Aargauer Regierungsräte «Hösel» wegen ihrer Coronapolitik und hält Ortssektionen, die nicht auf seiner Linie sind, einen «Weichspülerkurs» vor.

Desaster ist «grösstenteils selbstverursacht»

Der vormalige Nationalrat und Präsident der Kantonalpartei, Hans Ulrich Mathys, hat davon genug. Mathys nannte am Dienstag in der «Aargauer Zeitung» das Abschneiden der SVP «ein grösstenteils selbstverursachtes Desaster». Der Stil Glarner komme schlecht an beim Fussvolk; bodenständige SVP-Wähler wendeten sich von der Partei ab. «Wenn wir so weitermachen, brechen die Wähleranteile ein», ist Mathys überzeugt.

In der Kantonalpartei gibt es Leute, die sagen: Glarner sei erpicht auf publizitätsträchtige Knalleffekte; es mangle ihm



SVP-Präsident Marco Chiesa zettelt eine Polemik gegen Städte an. Bild: Key



Schwere Artillerie: Andreas Glarner, Präsident der Aargauer SVP. Bild: Severin Bigler



Bearbeitet den Stadt-Land-Graben: Nationalrat Thomas Matter. Bild: Yoshiko Kusano

aber am Interesse an einer langfristigen Strategie. Und er sollte sich in seinem Ton mässigen.

Was sagt Glarner zur Attacke von Mathys? «Auf die Kritik eines Altnationalrats reagiere ich nicht via Medien.» Die Par-

tei sei in einigen Sektionen viel zu passiv. Das müsse sich ändern. «Wir müssen in den Wahlkämpfen aktiver werden. Wir werden die Situation analysieren und Änderungen vornehmen», meint Glarner.

Der Parteipräsident ist zum Antipoden des SVP-Gesundheitsdirektors Jean-Pierre Gallati geworden. Gallati versuchte zuerst, den Aargau mit so wenig Restriktionen wie möglich durch die Pandemie zu bringen.

Gestörte SVP-Idylle: In Freienwil bei Baden ist am Sonntag der Gemeindeamann abgewählt worden.

Bild: Sandra Ardizzone (12. September 2020)

Als die Intensivstationen der kantonalen Spitäler Ende 2020 an der Kapazitätsgrenze waren, änderte er seinen Kurs. Der Aargau opponiert nicht gegen Einschränkungen wie das Covid-Zertifikat, und er lehnt die Weiterführung der Gratistests ab.

Die SVP ergreift Partei für Coronaskeptiker und Impfwillige. Damit kann man Leute mobilisieren – aber man schreckt auch viele Sympathisanten ab. Die SVP verzeichnet zurzeit sowohl eine hohe Zahl von Beitritten wie auch von Austritten. Die Partei wird in einen Zusammenhang gebracht mit rabiatischen Demonstranten und mit Verschwörungstheoretikern. Auf

dem Land sind viele ältere Menschen der SVP zugeneigt. Die überwiegende Mehrheit von ihnen ist geimpft. Manche von ihnen fragen sich, was das Theater soll, das die Partei veranstaltet.

Auch die Polemik gegen die Städte, die SVP-Präsident Marco Chiesa losgetreten hat, ist nicht frei von Risiken. Parteipolitiker betonen, es gehe ihnen einzig um den Kampf gegen rot-grüne Stadtregierungen und deren träge Verwaltungen. Bei vielen Leuten kommt eine andere Botschaft an: Die SVP lehnt die Lebensweise in den Städten ab. Sie hat es auf die Städter im Allgemeinen abgesehen. Die Partei schneidet am Sonntag von Baden bis Aarau schlecht ab.

Die nationalen Vorlagen mobilisieren Parteigeegner

SVP-Nationalrat Thomas Matter, der Chiesa unterstützt in der Kampagne, sagt: «Das Resultat im Aargau wäre genau gleich herausgekommen, wenn wir den Stadt-Land-Graben nicht thematisiert hätten.» Den Trend zu rot-grün dominierten Städten sehe man seit 20 Jahren. Die SVP wende sich in den Städten an die Menschen, die Steuern bezahlen und nicht von staatlichen Leistungen lebten. «Es dauert seine Zeit, bis wir hier eine Mobilisierung erreichen.»

Matter fügt an: «Wie gross der Stadt-Land-Graben ist, zeigt die Annahme der 99-Prozent-Initiative in Zürich, Basel und Bern. Die SVP wehrt sich dagegen, dass sich sozialistische Rezepte in den Städten ausbreiten.»

In der Partei zweifeln aber einige daran, ob die Polemik verfangt. Sie sagen, dass es für den Rückschlag im Aargau nur einen mildernden Umstand gebe: Der Abstimmungssonntag mit der «Ehe für alle» und der Vorlage der Jungsozialisten habe das linke Lager stärker mobilisiert als bürgerliche Wähler.

Neue E-ID: Die Nutzer sollen ihre Identität selbst verwalten

Die elektronische Identität soll nicht mehr nur ein Log-in sein, sondern ein Ausweis – und vor allem die Basis einer ganzen Infrastruktur.

Am 7. März sagte die Schweiz mit 64,4 Prozent Nein zur elektronischen Identität (E-ID). Es war eine unerwartet deutliche Schlappe für eine E-ID mit privaten Betreibern.

Das Nein entwickelt sich zum grossen Glücksfall. Das verdeutlichte das öffentliche Hearing der parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit (Parldigi) vom Dienstag. Es beschäftigte sich mit dem Diskussionspapier «Zielbild E-ID». Das Bundesamt für Justiz hat es nach dem Nein erarbeitet und nun in eine öffentliche Anhörung geschickt. Im Zentrum stehen diese Fragen: Welchen Nutzen soll eine E-ID haben? Und welche Anwendungen gibt es?

«Die Zusatzschleife hat sich gelohnt», sagt SP-Nationalrätin Edith-Graf Litscher. Als Co-Präsidentin von Parldigi hat sie den Anlass initiiert.

Nun seien die wesentlichen Akteure involviert. «Und es steht kein betriebstechnisches Modell im Vordergrund, sondern der Nutzen für Bevölkerung und Wirtschaft.»

Im Vordergrund steht die selbstbestimmte Identität

Seit der Abstimmung kam es zu einem massiven Paradigmenwechsel: Neu soll die E-ID nicht mehr nur ein Log-in sein, sondern ein digitaler Ausweis. Er soll Basisbaustein sein für eine breit nutzbare digitale Infrastruktur der Schweiz, die offen ist und dynamisch erweitert werden kann. Darin spielt der Staat eine zentrale Rolle.

Technisch gesehen gibt es zwar drei Varianten. Doch es steht damit eindeutig eine Lösung mit der Self Sovereign Identity (SSI) im Vordergrund, der selbstbestimmten Identität.

Das zeigte die Anhörung von Parldigi. Die Schweiz müsse eine staatlich betriebene digitale Vertrauensinfrastruktur über SSI aufbauen, sagte Christoph Graf, Programmleiter der Switch edu-ID, einem Bildungs-Log-in im Hochschulbereich. «Dann geht die Post ab, dann kann etwas Grosses geschehen.»

SSI ist dezentral. Nutzerinnen und Nutzer sind nicht von einem zentralen Identitätsdienstleister abhängig, sie verwalten ihre Identitäten selbst. Ähnlich wie bei der Covid-App bleibt damit die Hoheit über die Daten bei den Nutzern.

Persönliche Identitätsmerkmale wie Name, Vorname oder Geburtsdatum werden in einer elektronischen Brieftasche («Wallet») auf dem Handy hinterlegt. Der Staat bestätigt sie. Das sind dann «Verified Credentials». SSI ist datensparsam

und erfüllt den Grundsatz «Privacy by Design»: Der Datenschutz wird schon bei der technischen Lösung berücksichtigt. Mit SSI könnten diverse Bereiche modular integriert wer-

den. Zum Beispiel der gesamte Hochschulbildungsbereich mit 560 000 Identitäten und 1400 Diensten, die der Switch edu-ID angeschlossen sind. Oder der Gesundheitsbereich. So hält

heute die Health Info Net AG (Hin) die Hin eID, die am weitesten verbreitete elektronische Identität im Gesundheits- und Sozialwesen. «Wir arbeiten heute schon mit SSI-Strukturen», sagte Urs Fischer, Leiter Business Development und Innovation. «Hin begrüsst eine SSI-Lösung.» Damit könnte sich die Digitalisierung auch auf Seite der Patienten mit dem elektronischen Patientendossier massiv beschleunigen, liess Fischer durchblicken.

Christoph Graf glaubt, dass auch der öffentliche Verkehr mit dem Swiss Pass Teil dieser Infrastruktur werden könnte. «Je mehr Organisationen wir in eine solche Struktur reinbringen, desto stärker können die Fantasien der Anwenderinnen und Anwender beflügelt werden.»



Ist kein Thema mehr: eine private E-ID. Bild: Christian Beutler/Keystone

Othmar von Matt